

Frauen im demokratischen Aufbau Zur Gründungsgeschichte der CDU in Hessen

Von Angela Keller-Kühne

Obwohl Frauen die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sind sie in Regierungen, Parlamenten und Führungsgremien der Parteien unterrepräsentiert. In den Parteien stellen sie heute im Durchschnitt ein Viertel der Mitglieder, in den Parlamenten 20,5 Prozent der Abgeordneten.¹ In den 80er Jahren beschlossen die Parteien deshalb Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils an Ämtern und Mandaten. So verabschiedete 1985 der Essener Parteitag der CDU Leitlinien zur Gleichberechtigung von Mann und Frau; Grüne und SPD führten 1986 und 1988 die Frauenquote ein, die CDU 1996.

Politisch »entdeckt« wurden die Frauen von den Parteien bereits nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung und ihrer Leitideen ermöglichte die Einführung des Frauenwahlrechts, politische Tätigkeit von Frauen fand Akzeptanz. Ursache dafür war u.a., daß die Frauen im Krieg die Plätze ihrer Männer eingenommen hatten und aus dem bloßen Familiendasein herausgetreten waren. Dennoch blieb ihr politischer Einfluß, wenn man von herausragenden Persönlichkeiten wie Margarete Behm, Hedwig Dransfeld, Paula Müller-Otfried, Christine Teusch und Helene Weber absieht, eher gering. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation ähnlich. Es gab in Deutschland sieben Millionen mehr Frauen als Männer. Der folgende Beitrag untersucht den Anteil der Frauen an der politischen Neugestaltung in Hessen nach 1945. Er stützt sich im wesentlichen auf im Archiv für Christlich-Demokratische Politik vorhandene Materialien.

In Hessen lebten 1946 2,2 Millionen Frauen und 1,8 Millionen Männer, davon waren knapp 2,1 Millionen wahlberechtigt (59 % der Gesamtbevölkerung). Die Mehrheit der Wahlberechtigten stellten die Frauen mit 57,2 Prozent.² Der relativ geringe Anteil der Wahlberechtigten an der Gesamtbevölkerung hatte zwei Gründe: Erstens durften viele Flüchtlinge nicht wählen,

¹ Nach einer Erhebung der CDU-Bundesgeschäftsstelle von 1995 sind 24,9 Prozent der CDU-Mitglieder weiblich. In den alten Bundesländern liegt der Frauenanteil bei 23,7 Prozent, in den neuen Ländern bei 34,7 Prozent. Das Durchschnittsalter der Frauen liegt bei 54,6 Jahren, das der Männer bei 53,1. Vgl. *Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs auf dem 7. Parteitag in Karlsruhe 1995*, S. 39. In der 13. Wahlperiode gehören der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages 40 Frauen an. Dies entspricht einer Quote von 13,6 Prozent. Vgl. *Arbeitsbericht 1994/95 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*, S. 103.

² Vgl. Alfred BEHR, Gotthard BREIT, Herbert LILGE, Jakob SCHISLER, *Wahlatlas Hessen*, Gießen 1986, S. 5. Im Mai 1946 betrug die Zahl der wahlberechtigten Frauen in Frankfurt 62,5

da sie zum Zeitpunkt der ersten Kommunalwahlen 1946 weniger als sechs Monate in Hessen lebten, zweitens hatten die von der Besatzungsmacht durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen in vielen Fällen zum Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts geführt. Bei Männern lag die Quote der Nichtwahlberechtigten höher als bei Frauen.

Günstig für die politische Betätigung von Frauen wirkte sich die massive Unterstützung durch die amerikanische Besatzungsmacht aus. Da unmittelbar nach dem Krieg Mangel an verfügbaren und politisch nicht belasteten Kräften bestand, war man auf die Frauen angewiesen. Die Amerikaner förderten nicht nur die Mitarbeit in Parteien und Parlamenten, sondern auch den Aufbau von Frauenverbänden. Ein wichtiges Ziel der Alliierten war der Abbau tradierter Wertvorstellungen einer aus ihrer Sicht autoritär-konservativen Gesellschaft, die für den Nationalsozialismus mitverantwortlich gemacht wurde.³ Da Frauen überwiegend die Sozialisation der Kinder und Jugendlichen leisteten, war ihre aktive Einbeziehung in den Umerziehungsprozeß für die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft unerlässlich.

Trotz der massiven Förderung durch die Besatzungsmächte aber engagierten sich nach dem Krieg nur 8 bis 9 Prozent der Frauen in Deutschland in Parteien, Gewerkschaften und Frauenverbänden.⁴ Ein Blick in die Mitgliederstatistik der hessischen CDU ergibt folgendes Bild: In Frankfurt hatte die neue Christlich-Demokratische Partei (CDP), wie die CDU hier zunächst hieß, im Gründungsjahr 1945 599 Mitglieder. Davon waren 5,3 Prozent Frauen. Im Rheingau waren bei 600 Mitgliedern 5,1 Prozent Frauen. Nur eine Frau war unter den 30 Mitgliedern in Eschwege. Aus Kassel wird von einem geringen politischen Interesse der Frauen berichtet. Den höchsten Frauenanteil meldete die CDU Offenbach mit 10 Prozent. Die am 14. Oktober 1945 verabschiedeten Richtlinien der CDU sahen die Aufnahme von Frauen als gleichberechtigte Mitglieder vor, ließen aber entsprechende inhaltliche Aussagen vermissen.

Prozent. Vgl. Elke SCHÜLLER, *Erfolg und Stagnation. Die Nachkriegszeit in frauenpolitischer Sicht*, in: Klaus BÖHME, Walter MÜHLHAUSEN (Hrsg.), *Hessische Streiflichter*, Frankfurt/M. 1995, S. 98. In Marburg waren von 100 Wahlberechtigten 56,3 Prozent Frauen. Vgl. Ermenhild NEUSÜSS-HUNKEL, *Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 9), Meisenheim am Glan 1973, S. 91.

3 Vgl. Hermann-Josef RUIEPER, *Bringing Democracy to the Frauleins. Frauen als Zielgruppe der amerikanischen Demokratisierungspolitik 1945-1952*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1991, H. 1, S. 61-92.

4 Anna-Elisabeth FREIER, *Frauenfragen sind Lebensfragen. Über die naturwüchsige Deckung von Tagespolitik und Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Anna-Elisabeth FREIER, Annette KUHN (Hrsg.), *Frauen in der Geschichte V. Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte*, Düsseldorf 1984, S. 45 f.

Die Gründe für die politische Zurückhaltung von Frauen sind in fehlender Ausbildung, dem Mangel an politischer Erfahrung, aber auch in der Bewältigung der alltäglichen Not zu suchen: 1945 waren im ehemaligen Deutschen Reich elf Millionen Frauen ledig, verwitwet oder geschieden. Konrad Adenauer wies in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 auf die Not dieser Frauen hin und forderte insbesondere die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten und Wohnraum.⁵ Ein Leserbrief vom Februar 1946 in der Zeitschrift »Der Regenbogen« bringt die Situation der Frauen, die nach dem Krieg alleine für ihre Familien sorgen und ihre Männer beim Wegräumen der Schuttberge ersetzen mußten, auf den Punkt: »Ich will gerne zugeben, daß wir nicht politisch denken können, aber was können wir dafür, daß wir nicht lernen durften? Und hat denn nicht ein großer Teil unserer Männer bewiesen, daß er es auch nicht konnte? Wir durften dem Staat Kinder gebären ... Wir durften ohne Fett kochen, ohne Seife waschen und ohne Hoffnung auf den Endsieg leben. Wir durften von früh bis spät arbeiten und uns den Kopf darüber zerbrechen, wie wir mit einem Minimum an Rationen unsere Kinder ernähren und wie wir sie kleiden sollen. Wir durften sogar die Stellen der Männer einnehmen, wenn sie Soldaten wurden ... Wir durften sie sogar auf dem Altar des Vaterlandes opfern – nur eine eigene Meinung durften wir nicht haben. Und heute? Man wundert sich, daß wir von Politik nichts wissen wollen. Der Grund ist nicht nur jene große Müdigkeit, die nach jeder starken Anspannung zwangsläufig auftritt. Wir Frauen stehen noch mitten im Krieg ... Wir stehen noch mitten im Kampf mit der Not und haben keine Zeit, uns mit den Gedanken auseinanderzusetzen, die die Allgemeinheit beschäftigen.«⁶

Ihre wichtigste Aufgabe sah die Mehrheit der Frauen in der Beschaffung von Nahrung, Kleidung und der Sorge für die Kinder. Ein vom hessischen Landesverband der CDU 1946 unter dem Titel »Ein Wort an die Frauen« publizierter Artikel griff diese Nöte auf und definierte die Sorge für die Familie und die Kindererziehung als ureigenste Aufgabe der Frauen. Noch wichtiger als die materielle Fürsorge sei die Rolle der Frau bei der sittlichen Erneuerung der Gesellschaft nach dem Zusammenbruch. »Wir müssen uns fragen«, heißt es in dem Artikel, »sind wir wirklich noch Frauen? Ist unser Frauentum noch unverfälscht in uns erhalten? Sind wir uns unserer ursprünglichen Aufgabe noch tief und klar bewußt? Haben die vergangenen 12 Jahre nicht auf unsere Seele, unserem Fühlen und Denken, ein gut Teil mehr Männlichkeit aufgeprägt, als für uns gut ist? In dieser Zeit müssen wir so vollkommene Frauen wie nur möglich sein, denn von uns hängt es

5 Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (ACDP), IV-003-001/1.

6 Zit. nach, Sybille KRAFT (Hrsg.), *Frauenleben in Bayern*, München 1993, S. 354.

ab, wie die Zukunft aussehen wird. Wird abermals ein haßerfülltes, von neuem Unrecht und neuer Gewalt gesättigtes Chaos entstehen, oder wollen wir ein neues Land entdecken, in dem wieder Menschen leben, die einander vertrauen, einander achten und wieder an die Zukunft glauben? Das Chaos bedeutet das Ende der abendländischen Kultur überhaupt. Gelingt es uns aber, die Leere, die der Nationalsozialismus in den Herzen der Menschen hinterlassen hat, mit der menschlichen Güte und Liebe zu überwinden, zu der die Frauen von jeher berufen sind, dann ist ein neues und besseres Leben für unser Land zu erhoffen.«⁷

Das traditionelle Bild, das die Aufgabe der Frau auf die Familie beschränkte, wird im Abschnitt »Ehe und Familie« der Frankfurter Leitsätze vom September 1945 konkretisiert und prägte das Frauenbild der CDU über lange Jahre. Forderungen nach Gleichberechtigung im Beruf, wie sie die Dieburger CDU 1949 in einem Wahlaufuf formulierte, standen lange Zeit im Hintergrund, da die Ehefrau und Mutter das gesellschaftliche Ideal war.⁸ »Der Mann«, heißt es in den Frankfurter Leitsätzen, »muß in vollem Sinne das Haupt der Familie sein; er kann es nur, wenn er nicht Objekt, sondern Subjekt seines Lebens ist; das heißt aber, daß ihm der Staat durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik die Möglichkeit gibt, seine Familie in Ehren zu ernähren und durch seine Sozial- und Staatsverfassung echter Mitträger der Verantwortung für die öffentlichen Dinge zu sein. Nur dann wird die Frau als das Herz der Familie in innerer Freiheit die Verantwortung des Mannes mittragen und vertrauensvoll die Mutter seiner Kinder werden können.«⁹

Dieses Gesellschaftsbild trug neben der materiellen Not wesentlich zur politischen Abstinenz von Frauen bei. Die Frauen aber, die sich engagierten, taten dies mit einem enormen Arbeitseinsatz. Der größte Teil von ihnen saß bereits in der Weimarer Republik in Parlamenten; 30 Prozent der Mandatsträgerinnen gehörten vor 1933 einer Partei an. 1946 war die älteste hessische Stadtverordnete 67 und die jüngste, als große Ausnahme, 25

7 ACDP II-045-018/6.

8 »Die CDU weiß, daß die Frau gleichwertig, aber nicht gleichartig ist. Sie kämpfte und kämpft darum um Schutz und Hilfe für die arbeitende Frau. Die Frau soll nicht belastet werden mit Arbeiten, die ihre Körperkräfte übersteigen. Die CDU kämpft um gleichen Lohn bei gleicher Leistung. Die CDU fordert: Schluß mit der Verdrängung der Frau aus gut bezahlten Berufen und Stellungen. Die CDU will mithelfen, daß die arbeitenden Frauen in den Betrieben die Möglichkeit erhalten, auf dem Weg einer geordneten Ausbildung zu Facharbeitern und Meistern aufzusteigen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Behörden einen hohen Prozentsatz weiblicher Referenten beschäftigen. Die CDU verlangt, daß den berufstätigen Frauen, die als Flüchtlinge in abgelegenen Gegenden angesiedelt wurden, alle Wege geebnet werden zur Umsiedlung an Orte mit günstigeren Berufsaussichten. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß Wohnungen für berufstätige, alleinstehende Frauen mitberücksichtigt werden.« Wahlaufuf des KV Dieburg vom 14. August 1949, in: *50 Jahre CDU Dieburg*, Dieburg 1995, S. 41.

9 ACDP I-009-001.

Jahre alt. Gut die Hälfte der Mandatsträgerinnen war verheiratet, ein Fünftel verwitwet, und ein Drittel hatte Kinder.¹⁰

Eine dieser Frauen war Elisabeth Pitz-Savelsberg (1906-1996).¹¹ In Aachen geboren und in Köln aufgewachsen, hatte sie bereits in den 30er Jahren enge Kontakte zu dem Kreis um die Kölner Zentrums Politiker Wilhelm Hamacher und Amalie Lauer. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat sie in Köln als Rednerin bei CDU-Veranstaltungen auf. Die an sie herangetragene Kandidatur für den hessischen Landtag lehnte sie zunächst ab, da sie als Kriegerwitwe allein für ihre vier Kinder sorgen mußte. »Wer sich zur Wahl stellt als Frau«, schrieb sie in ihren Erinnerungen, »wird sich allerdings überlegen, wie weit sich die Familienpflichten – Kleinkinder – in Übereinstimmung bringen lassen mit einem politischen Auftrag. Man wird sich auch überlegen, ob ein beruflicher Aufstieg die Unterbrechung durch ein Mandat verträgt, unter Umständen sogar Beruf und Familie. Das alles ist aber eine Frage des Zeitpunktes. Deutlich zeichnet sich in den Jahrgängen ab 45, 50 die größere Bereitschaft der Frau zur Übernahme eines Mandats ab, denn die Belastungen aus den persönlichen Bereichen nehmen ab.«¹²

Beispiele für das Engagement von Frauen nach dem Ende des Krieges finden sich in zahlreichen hessischen Städten. In Marburg arbeiteten Frauen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft in den überparteilichen Frauenausschüssen und in der »Christlichen Nothilfe« mit, die sich um Pfarrer Karl Ritter bildete. Tätige Hilfe für die Bewältigung der Probleme des Alltags, wie die Einrichtung von Küchen, Näh- und Wärmestuben und Beschaffung von Wohnraum, standen im Vordergrund. Eine der tragenden Säulen war die Lehrerin Annemarie Heiler (1889-1979), die zur Gründergeneration der hessischen Frauenorganisationen gehörte. Gemeinsam mit Pfarrer Ritter, der wie sie Mitglied der Bekennenden Kirche war, gründete sie 1945 die Marburger CDU und saß bereits im April 1946 im Kreisvorstand der Partei. 1946 wurde Annemarie Heiler zur Stadträtin gewählt und leitete bis 1948 das städtische Jugendamt. 1949 bis 1951 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an und arbeitete dort in den Ausschüssen für Jugend, Gesundheit und Soziales mit.¹³

¹⁰ Vgl. Elke SCHÜLLER, *Erfolg und Stagnation* (wie Anm. 2), S. 102.

¹¹ 1953 bis 1969 gehörte Elisabeth Pitz-Savelsberg dem Deutschen Bundestag an. Sie war u.a. Initiatorin der Novelle zum Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit und des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften. Als Vorsitzende des Diskussionskreises für Familienfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzte sie sich für das Ausbildungsförderungsgesetz ein. Ausführliche Würdigung in: Ingrid LANGER (Hrsg.), *Hessische Politikerinnen in den Vorparlamenten 1946 bis 1950*, Bd. 2., Frankfurt/M. 1997, S. 115-199.

¹² *Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen*, Bd. 3, Boppard 1985, S. 274.

¹³ Vgl. Heinrich RÜSCHENSMIDT, *Gründung und Anfänge der CDU in Hessen*, Darmstadt-Marburg 1981, S. 163.

Wie in Marburg engagierten sich überall in Hessen Frauen in den überparteilichen Frauenausschüssen. Neben dem Motiv, bei der Bewältigung des Alltags zu helfen, war die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein wichtiges Ziel der Arbeit. Die Journalistin und CDU-Landtagsabgeordnete Gabriele Strecker, eine der engagiertesten und bekanntesten hessischen Nachkriegspolitikerinnen, beschreibt in ihren Erinnerungen den Beginn der Arbeit in Frankfurt und faßt die Forderungen der Frauen nach politischer Beteiligung und rechtlicher Gleichstellung zusammen: »Schon Ende 1945 hatten sich in Frankfurt Frauen zusammengefunden, Überlebende, die in der Opposition gestanden hatten, Frauen, die schon in der alten Frauenbewegung tätig waren, aber auch neue, bisher unbekannte Frauen, die einfach als Menschen fühlten, daß ihnen die Zeit eine Chance bot und sie etwas tun mußten. Am 25. Januar 1946 kam der Öffentlichkeit ein Aufruf zu Gesicht, der in acht Punkten die Ziele von 14 Frauen enthielt. Sie bezeichneten sich selbst als Frankfurter Frauenausschuß, der zur Bildung einer großen Frauenorganisation aufrief, die allen Frauen aus allen Schichten und jeden Alters helfend und beratend zur Seite stehen wollte ... Die acht Programmpunkte: 1. Gleichberechtigung der Frau. 2. Mitwirkung in der Verwaltung. 3. Gleiches Recht auf Arbeit und gleicher Lohn. 4. Gerechte Beteiligung der Frau in den Berufsvertretungen. 5. Hinzuziehung im Rechtswesen. 6. Neuordnung des Familienrechts. 7. Mehr Frauen in führenden Stellen und im Erziehungswesen. 8. Höhere Wertschätzung der Frauenarbeit.«¹⁴

Diesen Aufruf unterzeichneten die damals noch parteilose Oberkirchenrätin Elisabeth Schwarzhaupt und für die CDU die Pädagoginnen Carola Barth und Maria Elisabeth Epstein. Alle drei waren bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv. Elisabeth Schwarzhaupt (1901-1986), die bis 1933 der Deutschen Volkspartei (DVP) angehörte, war zu Beginn der 30er Jahre in Frankfurt und Dortmund als Hilfsrichterin tätig. Ende 1931 verfaßte sie in der »Evangelischen Frauenzeitung« einen Artikel, der sich kritisch mit dem nationalsozialistischen Frauenbild auseinandersetzte.¹⁵ Da Frauen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten vom Richteramt ausgeschlossen

¹⁴ Zit. nach Ingrid LANGER, *In letzter Konsequenz Uranbergbau*, in: *Hart und zart – Frauenleben 1920 bis 1970*, Berlin 1990, S. 261.

¹⁵ »Die politische Gleichberechtigung wird beseitigt. Das nationalsozialistische Parteiprogramm unterscheidet zwischen Staatsangehörigen und Staatsbürgern: nur der Staatsbürger ist zur aktiven Teilnahme am Staatsleben berechtigt ... Die deutsche Frau soll also im Dritten Reich Juden und Ausländern gleichstehen, ferner auf einer Stufe mit gemeinen Verbrechern, die ihr Staatsbürgerrecht verlieren ... Als Ausgleich für diesen Verlust an Rechten im Staats- und Berufsleben verspricht man der Frau eine gehobene Stellung in der Familie ... Was hinter diesen schönen Worten steckt, ist eine Mißachtung der Frau als Persönlichkeit und ihre Unterwerfung ausschließlich unter ihre biologische Aufgabe.« Elisabeth Schwarzhaupt, *Die Stellung der Frau im Nationalsozialismus*, in: *Evangelische Frauenzeitung* 1931/32, H. 33, S. 122 f.

waren, verdiente sie sich nach der Entlassung aus dem Staatsdienst ihren Lebensunterhalt als Referentin bei der Evangelischen Kirche. 1953 trat Elisabeth Schwarzhaupt in die CDU ein, im selben Jahr gelang ihr der Sprung in den Deutschen Bundestag, dem sie bis 1969 angehörte. Als in den 50er Jahren die Novellierung des Ehe- und Familienrechts anstand, setzte sie sich in einer kämpferischen Rede (1954) für die Abschaffung des sogenannten Stichtenscheids ein und wurde über Nacht als Parlamentarierin bekannt.¹⁶ 1961 wurde sie nicht zuletzt auf massiven Druck der CDU-Frauen unter Führung von Helene Weber als erste Frau in das Bundeskabinett berufen.¹⁷ Sie übernahm das neu geschaffene Ministerium für Gesundheit. »Das Kirchenfräulein«, so Bundeskanzler Adenauer, solle sich um Wasser, Lärm und Luft sorgen. Während ihrer Amtszeit hat Elisabeth Schwarzhaupt

¹⁶ Die Gleichberechtigung der Frauen auf allen Ebenen bedeutete auch die Notwendigkeit zur Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches. Am 1. April 1953 erklärte der Bundesgerichtshof, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau geltendes Recht sei und die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches von 1900 geändert werden müßten. In der Tat gab es erheblichen Nachholbedarf. Nach geltendem Recht bestimmte der Mann Wohnort, Hauskauf und Urlaubsziel, Namen und Ausbildung der gemeinsamen Kinder und konnte einen Arbeitsvertrag seiner Frau jederzeit ohne deren Zustimmung kündigen. Die geltende Rechtslage führte im Alltag oft zu absurden Situationen: So konnten Frauen, deren Männer im Krieg verschollen waren, nicht an die Familienkonten, da das Vermögen nur von ihren Männern verwaltet werden durfte. Nach dem Krieg wurde ein Viertel aller Handwerksbetriebe von Frauen geleitet, jedoch konnte eine im gesetzlichen Güterstand lebende Frau nicht über das in die Ehe eingebrachte Gut verfügen. Eine Witwe mit Kindern, die wieder heiratete, verlor die elterliche Gewalt über ihre Kinder. Diese ging auf ihren neuen Ehemann über. Die geschiedene Frau konnte auch dann die elterliche Gewalt nicht bekommen, wenn die Kinder bei ihr lebten. Sie blieb dem Vater. Beispiele für die Ungleichheit im Berufsleben gab es zur Genüge: Lehrerinnen hatten im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen keinen Anspruch auf eine Dienstwohnung und im Falle einer Verhehlischung drohte ihnen die Entlassung. Ihr Gehalt lag 10 Prozent unter dem ihrer männlichen Kollegen. Selbst die Kultusministerin, die für die Schulverwaltung eines ganzen Landes verantwortlich war, durfte nach geltendem Recht nicht entscheiden, welche Schule ihr Kind besuchen sollte. Dies bestimmte allein ihr Ehemann. Erst 1957 wurde das Gleichberechtigungsgesetz im Bundestag verabschiedet, das Mann und Frau die Führung des Haushalts in gemeinsamer Verantwortung zuschrieb und eine wechselseitige Verpflichtung der Ehegatten zum Unterhalt festlegte. Ein weiterer Streit entzündete sich um den sogenannten Stichtenscheid des Ehemannes und Vaters. Der Plan, dem Ehemann bei der Nichteinigung der Eheleute die letztendlich Entscheidung zuzubilligen, war heftig umstritten. In allen Parteien sahen Konservative durch die Abschaffung des Stichtenscheids die bestehende Ehe- und Familienordnung bedroht. Der Kölner Kardinal Frings sprach von der natürlichen Ordnung, die dem Manne das Letztentscheidungsrecht zusprach, die evangelische Kirche fürchtete um die Existenz der christlichen Ehe und Familie. Der Stichtenscheid wurde insbesondere auch von den Frauenverbänden abgelehnt, da man darin ein patriarchalisches Relikt und einen Verstoß gegen das Gleichberechtigungsgesetz sah. Zwei Jahre später, 1959, erklärte das Bundesverfassungsgericht den Stichtenscheid als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Vgl. Gabriele MÜLLER-LIST, *Gleichberechtigungsgesetz als Verfassungsauftrag. Eine Dokumentation zur Entstehung des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957. Dokumente und Texte*, Bd. 2, Düsseldorf 1996.

¹⁷ Vgl. *Abgeordnete* (wie Anm. 12), S. 276 f. Vgl. dazu auch die im Nachlaß Schwarzhaupt überlieferten Briefe und Telegramme an Bundeskanzler Adenauer (ACDP I-048-002/3); Interview mit Elisabeth Schwarzhaupt (ACDP I-048-001/2).

zehn Gesetze und 23 Verordnungen auf dem Gebiet der Medizin und des Arznei- und Lebensmittelrechts auf den Weg gebracht. Eine große Herausforderung sah sie im Schutz der Umwelt. Am 1. Dezember 1962 wurde die erste Umweltschutzverordnung erlassen. Sie hatte den Abbau von Wasch- und Reinigungsmitteln im Wasser zum Ziel. Ein großer Erfolg für ihre unermüdliche Arbeit war, daß die CDU als erste Partei bereits 1964 einen umweltpolitischen Kongreß in Oberhausen durchführte. Hier wies sie in ihrer Eröffnungsrede eindringlich darauf hin, daß eine gesunde Umwelt für das Wohlergehen des Menschen weitaus wichtiger sei als materieller Gewinn.¹⁸

Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 gab Elisabeth Schwarzhaupt ihr Ministeramt an die Sozialdemokratin Käte Strobel ab. Im Bundestag übernahm sie jetzt den Unterausschuß für die Reform des Nichteheleichenrechts, der die Verbesserung der Rechtsstellung nichtehelicher Kinder und ihrer Mütter anstrebte. 1969 zog sie sich aus dem aktiven Leben zurück. Doch der Deutsche Frauenrat und der Deutsche Akademikerinnenbund nahmen weiter gerne ihren Rat in Anspruch.

Carola Barth (1879-1959) war Religionspädagogin und hatte 1907 als erste Frau in Deutschland das theologische Lizentiatenexamen abgelegt. In der Weimarer Republik leitete sie ein Mädchengymnasium und engagierte sich in ihrer schriftstellerischen Arbeit insbesondere für die Mädchenbildung. In der Ausbildung von Frauen und Mädchen sah sie eine der größten Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. 1919 bis 1921 gehörte sie für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung an; den Frauenausschuß der Partei leitete sie bis zum Ende der 20er Jahre. 1934 wurde sie aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Im November 1945 trat sie der CDU bei und war von 1946 bis 1956 Stadtverordnete und Vorsitzende des Schulausschusses.¹⁹

Auch Maria Elisabeth Epstein (1881-1948) war bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv. Sie saß für die DDP in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung und leitete gemeinsam mit ihrem Mann Wilhelm von 1914 bis 1930 den Frankfurter Bund für Volksbildung. Wegen Unterstützung von Juden wurde sie 1942 bis 1943 im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingesperrt. Ende 1945 trat sie der Frankfurter CDU bei, wurde in den Bürgerrat gewählt und war bis zu ihrem Tod Stadtverordnete.²⁰

¹⁸ Vgl. ACDP-Flugblattsammlung.

¹⁹ Vgl. Elke SCHÜLLER, *Keine Frau darf fehlen. Frauen und Kommunalpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Hessen*, in: Ulla WISCHERMANN, *Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung*, Frankfurt/M. 1993, S. 95 f.

²⁰ Vgl. Ingrid LANGER (wie Anm. 11), Bd. 1, S. 105-129.

Elfriede Ketzer (1885-1971), die die CDU in Hofheim/Taunus mitgründete, war in den 20er Jahren Lehrerin am Fröbelinstitut und Vorsitzende des Verbandes Frankfurter Frauenvereine. Die Erkenntnis, daß »man sich einer Partei anschließen müsse, wenn man verantwortungsvoll arbeiten will«²¹, bewog sie, sich dem Gründerkreis der CDU in Hofheim anzuschließen, um dort bereits 1945 den Frauenausschuß aufzubauen. Im Oktober 1945 wählte sie der Kreisvorstand zur Frauenbeauftragten der CDU. Im Jahr darauf wurde sie stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses der CDU Groß-Hessen. 1946 wurde sie Magistratsmitglied und 1948 Stadtverordnete in Hofheim. Sie war Mitglied der Flüchtlingskommission und der Schuldeputation. 1958 gründete sie im Main-Taunus-Kreis den Evangelischen Arbeitskreis.

Eine schillernde Figur unter den CDU-Gründerinnen war Maria Sevenich.²² 1907 in Köln geboren, gehörte sie vor 1933 der KPD an. Nach ihrer Emigration in die Schweiz und nach Frankreich schwörte sie dem Kommunismus ab und fand zum christlichen Glauben. Von den Nationalsozialisten 1934 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, wurde sie 1942 in Gestapo-Haft genommen. 1945 bildete sie den Mittelpunkt des Darmstädter Gründerkreises. Als aktive Katholikin wollte sie nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus christliche Vorstellungen in reale Politik umsetzen und reichte deshalb Ende August/Anfang September 1945 bei der amerikanischen Militärregierung den Antrag auf Lizenzierung der »Deutschen Aufbaubewegung« ein, aus der dann die Darmstädter CDU hervorging. In der Vorstandssitzung vom 21. November 1945 berichtete sie ausführlich über die Werbung von Mitgliedern und die Gründung von Ortsverbänden und entwarf einen Organisationsplan für die Arbeit der Geschäftsstellen in Oberhessen.²³

Auch das Programm, das die neue Partei im September in ihren »Allgemeinen Grundsätzen« vorstellte, trug Sevenichs Handschrift. Gefordert wurden die Verwirklichung christlicher Lebensprinzipien, der Schutz der Persönlichkeit und die Etablierung des Rechtsstaates. Konkrete politische Zielvorstellungen, wie etwa im wirtschaftlichen Bereich, fehlten, dafür waren aber »Harmonie«, »Verantwortung«, »Vertrauen auf Gottes Kraft« und »ein gesundes Weltbild« Schlüsselbegriffe ihres Programmes.²⁴ Mit Leidenschaft und Pathos sprach Maria Sevenich in stets vollbesetzten Sälen überall in Hessen gegen den Kommunismus und warb für den Gedanken

21 Vgl. SCHÜLLER (wie Anm. 19), S. 97.

22 Vgl. Elke SCHÜLLER, *Du kannst nicht treu sein. Maria Sevenich*, in: Bärbel CLEMENS (Hrsg.), *Niedersächsische Parlamentarierinnen* (Arbeitstitel).

23 Vgl. *50 Jahre CDU Darmstadt*, Darmstadt 1995, S. 126/1 ff.

24 Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 13), S. 99 f.

einer christlichen Partei.²⁵ Die brillante Rednerin war bald weit über die Darmstädter Region und die Amerikanische Besatzungszone hinaus bekannt. Bereits Ende 1945 bestanden Kontakte in die Britische und Französische Zone.²⁶ Im Juni 1946 kam es wegen den Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Landesvorsitzenden Werner Hilpert. Maria Sevenich votierte öffentlich gegen die von CDU-Landesvorstand und SPD erzielte Einigung über die Aufnahme der Sozialisierung in die hessische Verfassung.²⁷ Nachdem ihr die Amerikaner im Juni wegen kritischer Äußerungen über die Entnazifizierung Redeverbot erteilten und sie der Landesvorstand bei der Besatzungsmacht nur halbherzig unterstützte, verließ sie Hessen und siedelte nach Niedersachsen in die Britische Zone über.

Ihre in Hessen begonnene Arbeit setzte sie hier fort. Rückblickend schrieb Arnold Fratzscher, damals Generalsekretär der CDU Niedersachsen, »daß sie sich in ein nicht mehr reales Sendungsbewußtsein steigern konnte, zumal dann, wenn sie spontan und ohne Aussprache mit anderen handelte. So kam zur völligen Überraschung ihrer Freunde, die gerade mehrere Versammlungen mit ihr im ganzen Lande bis ins einzelne festgelegt hatten, ihr einsamer Beschluß, durch einen Hungerstreik die britische Besatzungsmacht darauf aufmerksam zu machen, daß die Ernährungslage den Tod von Tausenden und aber Tausenden zur Folge haben würde, wenn bis zum Winter nichts geschähe.«²⁸ Im April 1947 errang Maria Sevenich über die Landesliste ein Mandat für den niedersächsischen Landtag. Mitte Mai 1948 erklärte sie ihren Übertritt zur SPD, da die CDU mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft den Weg des Ahlener Programms verlassen habe. Bis 1970 gehörte sie für die SPD dem Landtag an. Von 1965 bis 1967 war sie Ministerin für Bundesangelegenheiten, Vertriebene und Flüchtlinge. Da sie die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition ablehnte, wurde sie kurz vor ihrem Tod wieder Mitglied der CDU.

Auch in Gießen, Offenbach und im Rheingau-Taunus-Kreis haben Frauen die Gründungsaufufe der CDU mitunterzeichnet,²⁹ von vielen ist aber biographisch nur wenig in Erfahrung zu bringen.

25 Als Maria Sevenich am 22. Januar 1946 im überfüllten Saal des »Bensheimer Hofes« sprach, ist im Protokoll vermerkt, daß dies eine der am besten besuchten Wahlkundgebungen der Bensheimer CDU gewesen sei. Vgl. Martin HELLRIGEL, *40 Jahre CDU Bensheim*, Bensheim 1985, S. 21.

26 Vgl. 50 Jahre CDU Darmstadt (wie Anm. 23), S. 162/2.

27 Vgl. RÜSCHENSMIDT (wie Anm. 13), S. 314. Vgl. *Die Entstehung der Hessischen Verfassung: Eine Dokumentation* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, Bd. 58), Wiesbaden 1996, S. 630.

28 Arnold FRATZSCHER, *CDU in Niedersachsen*, Hannover 1971, S. 64.

29 Anhand der Festschriften der hessischen Kreisverbände zu »50 Jahre CDU« können als CDU-Gründerinnen in Hessen namhaft gemacht werden: Darmstadt-Stadt: Maria Hofmann, Maria Sevenich; Frankfurt: Gertrud Erhardt, Maria Elisabeth Epstein geb. Beling; Gießen: Else

Die »Verantwortung für die öffentlichen Dinge« war das, was politisch aktive Frauen nach dem Kriege verband. Das Unionsbekenntnis der Männer – »Frauen sind unsere politischen Partnerinnen«, »Wir begrüßen die Mitarbeit der Frauen«, »Ohne Frauen wäre die Politik ärmer« – reichte ihnen nicht aus, denn nur zu oft wurde die konkrete Forderung nach Teilhabe an politischer Macht, d.h. die Nominierung für Ämter und Mandate, vom Tisch gewischt. Der hessische Landesvorsitzende Werner Hilpert faßte bei einer Delegiertenversammlung 1949 diese Haltung mit dem klassischen Ausspruch zusammen: »Wir Männer vertreten die Frauen-Interessen besser als die Frauen selbst.«³⁰ Etwas von der traditionellen Auffassung, dem Mann die große politische Linie, die Frau in die Ausschüsse, womöglich mit sozialem Sachgebiet, schwingt hier untergründig mit. Sozial- und Kulturpolitik wurden daher auch als typisch weibliche Politikfelder definiert. Da die Frauen ihrer beruflichen Herkunft nach überwiegend Fürsorgerin, Lehrerin und Hausfrau waren, schienen sie dafür geradezu prädestiniert. Andere Politikfelder, die vermeintlich nur männlich zu besetzen waren, blieben weitgehend verschlossen. Auch kam es nicht zur angemessenen Beteiligung an Ämtern und Mandaten, wie Statistiken und die Lebensberichte hessischer Politikerinnen belegen.

»Als ich 1946 für den Landtag kandidierte«, schrieb Elisabeth Pitz-Savelsberg, »entsprach meine Situation in der CDU-Fraktion der damaligen Auffassung: 27 Männer und ich. Frauen in die Parlamente? Ja! Aber mit Maßen. Eine genügt. Aber die eine ist weniger gedacht als politische Kraft, vielmehr als Symbolfigur. Ihr Name mußte an sichtbarer Stelle auf der Liste erscheinen. Denn der Wähler, eher die Wählerin, mußte ja erkennen, daß auch Frauen dabei waren. Frauen waren immer die gewissenhafteren Wähler, aber unter den Gewählten waren sie Einzelerscheinungen.«³¹

Als am 26. Februar 1946 im Wiesbadener Staatstheater die erste Sitzung des Beratenden Landesausschusses mit je 12 Mitgliedern der vier von der Besatzungsmacht zugelassenen Parteien stattfand, gehörten diesem Gremium nur fünf Frauen an: für die KPD Elfriede Steckel und Eleonore Wolf, für die LDP Anne Bringzu und für die CDU Maria Elisabeth Epstein und Maria Sevenich. Maria Sevenich war auch das einzige weibliche CDU-Mitglied, das der Verfassungsberatenden Landesversammlung angehörte.

In der ersten Legislaturperiode des hessischen Landtags war Elisabeth Pitz-Savelsberg die einzige Frau in der CDU-Fraktion. 1950 rückte die

Reinhardt, Ilse Opitz, Ottilie Dicke, Minna Reinhardt, Andreae Illa, Hella Hensky, Dora Melzer, Dora Scheuer; Main-Taunus: Elfriede Ketzer; Marburg: Annemarie Heiler; Offenbach-Land: Anna-Franziska Post, Grete Rupprecht, Cecilia Gerstner, Helene Letz; Rheingau-Taunus: Irene Mayer, Maria Dries.

30 Vgl. Gabriele STRECKER, *Überleben ist nicht genug*, Freiburg 1981, S. 88.

31 Vgl. *Abgeordnete* (wie Anm. 12), S. 274.

Publizistin Charlotte Schiffler (1909-1992) nach. 1950 bis 1952 war sie Landtagsabgeordnete, 1952 bis 1968 Stadtverordnete in Frankfurt. In den Landesvorstand der CDU wurde eine Frau lediglich als Beisitzerin gewählt, und zwar 1946 Maria Sevenich.

Als 1946 die Listen für die hessischen Kommunalwahlen aufgestellt wurden, lag der Frauenanteil zwischen fünf und zehn Prozent. Damit setzte sich der Trend der Weimarer Republik auch nach 1945 fort, wo in den Landtagen, Städten und Kreisen der Frauenanteil von 1928 bis 1930 zwischen sieben und zwölf Prozent lag. Helene Lange, die langjährige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, beschrieb in den zwanziger Jahren das Engagement in der Kommunalpolitik als »kräftigen Nährboden weiblichen Bürgersinns«. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den Programmen der von der Besatzungsmacht zugelassenen Parteien die Kommunalpolitik als »ureigenstes Wirkungsfeld der politisch tätigen Frau« definiert. Ein Gemeinderat ohne Frau, hieß es, sei wie eine Familie ohne Mutter. Das Primat der Kommunalpolitik stand überdies auch im Einklang mit den Vorstellungen der amerikanischen Besatzungsmacht, die die Demokratisierung von unten her, also auf kommunaler Ebene, in Gang setzen wollte.³²

Soweit die Zahlen vorliegen, ergibt sich in einzelnen Kreisen folgendes Bild: In Hanau, Offenbach, Bad Hersfeld wurden nur eine bzw. zwei Frauen und in Fulda vier Frauen nominiert. In Bensheim und Lauterbach war die Vertreterin der Frauen 1948 gleichzeitig Flüchtlingsvertreterin.³³ 1948 besetzte die CDU mit Maria Elisabeth Epstein, Carola Barth, Elisabeth Rhabanus³⁴, Maria Bausch³⁵ und Amalie von Mettenheim in Frankfurt fünf

³² Vgl. RÜSCHENSCHMIDT (wie Anm. 13), S. 209-212.

³³ Hanau: Helene Köppler (1889-1982), Stadtverordnete 1946-1952. Offenbach: Elisabeth Walter (1903-1991), Lehrerin, Stadtverordnete 1948-1952, 1948 Mitglied im Schulausschuß und im Ausschuß zur Prüfung Fliegergeschädigter. Bad Hersfeld: Margarethe Budgenhagen (1895-1989), Krankenpflegerin, Stadtverordnete 1946-1948, Mitglied des Wohlfahrtsausschusses. Fulda: Sigrid Büttner (1893-1973), Stadtverordnete 1946-1948; Josefine Detig (1893-1970), Lehrerin, Stadtverordnete 1946-1948, Mitglied des Kultur- und Wohlfahrtsausschusses; Johanna Hattendorf (1887-1978), Stadtverordnete 1946-1956, Mitglied des Kultur- und Wohlfahrtsausschusses; Cläre Schmidt (geb. 1915), Stadtverordnete 1946-1948, erste weibliche Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Fulda, Gründerin der Frauenvereinigung (1950) in Fulda. Lauterbach: Helene Baumgarth (geb. 1900), Stadtverordnete 1948-1956. Bensheim: Antonie Wenzel (geb. 1905), 1948-1952 Stadtverordnete. Zusammengestellt anhand der Festschriften »50 Jahre CDU« und anhand von Elke SCHÜLLER, *Neue, andere Menschen, andere Frauen? Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945 bis 1956. Ein biographisches Handbuch*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1995/96.

³⁴ Elisabeth Rhabanus (1892-1969) war Jugendfürsorgerin und baute nach 1945 im Hessischen Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt das Jugenddezernat auf. Im November 1945 trat sie der CDU bei. Sie war wesentlich am Aufbau des Frankfurter Frauenausschusses und der hessischen Frauenvereinigung beteiligt.

³⁵ Maria Bausch (1896-1962), Lehrerin, 1919 bis 1933 Mitglied des Zentrums, 1946-1956 Mitglied des Frankfurter Stadtrates.

Ratssitze. Als zweitgrößte Fraktion erreichte die CDU mit fünf Frauen in den ersten drei Legislaturperioden den größten Frauenanteil (1946-1948: 17,8 %, 1948-1952: 19,0 %, 1952-1956: 22 %) in der Stadtverordnetenversammlung. Die Arbeit dieser Frauen in den Ausschüssen für Wissenschaft, Kunst, Schule, Soziales und Gesundheit fand in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung. Lediglich die Biologiestudentin Amalie von Mettenheim (geb. 1920), die 1946 mit 25 Jahren als jüngstes Mitglied in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, erhielt aufgrund ihres Alters öffentliche Resonanz.³⁶

Im Frankfurter Magistrat war unmittelbar nach dem Krieg keine Frau vertreten. Keine hessische Stadt hatte eine Bürgermeisterin, kein Landkreis eine Landrätin. Erst 1993 wurde die Linie durchbrochen. Die Christdemokratin und frühere Bevollmächtigte für Frauenfragen Otti Geschka hatte das Amt der Oberbürgermeisterin von Rüsselsheim erkämpft. 1994 zog Margarete Härtel als Oberbürgermeisterin in das Rathaus von Hanau ein, und 1995 wurde Petra Roth in direkter Wahl zur Oberbürgermeisterin von Frankfurt gewählt.

Wie wenig entgegenkommend die Riege der Männer bei der Nominierung von Frauen war, zeigt ein Blick in die Korrespondenz des Landesvorsitzenden Werner Hilpert. Zwar beklagte er 1948, daß die »Frauenarbeit in zurückliegender Zeit eine außerordentlich kümmerliche Pflege im Landessekretariat gefunden«³⁷ habe, beschwichtigte aber 1950 in einem Brief an das Sekretariat für die Katholische Frauenarbeit, daß die Frauen trotz ihrer zahlenmäßig geringen Vertretung im Landtag keinen Grund zur Klage hätten, da die Kandidatur von Elisabeth Pitz-Savelsberg gesichert sei.³⁸

Da Politik als Domäne der Männer angesehen wurde, war der Wahlkampf von Frauen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. »Ich machte ebenso«, erinnert sich Elisabeth Schwarzhaupt an ihre Wahlkampfeinsätze, »wie meine mit mir kandidierende Kollegin Elisabeth Pitz-Savelsberg bei

36 Vgl. ACDP II-045-018/6.

37 Vgl. ACDP I-021-022/3.

38 »Ich glaube nicht, daß die christliche Frau angesichts der Politik, die die Landtagsfraktion der hessischen CDU geleistet hat, berechnete Unzufriedenheit geltend machen kann. Es liegt doch wohl in der positiven Haltung begründet, daß den Belangen der Frau als dem tragenden Faktor unseres gesamten Lebens in allererster Linie Genüge getan wird. Selbstverständlich wäre es allen Verantwortlichen in der CDU Hessens lieb gewesen, wenn es gelungen wäre, die zuletzt im Landtag tätig gewesenen Frauen, nämlich Frau Elisabeth Pitz und Frau Dr. Schiffler auch für den künftigen Landtag zu sichern. Wie Sie wissen, hat Frau Dr. Schiffler aber von vorn herein verzichtet. Frau Pitz steht zwar an 6. Stelle, es ist dies aber in Wahrheit die 5. Stelle, da ich ja zweifellos im Wahlkreis Hünfeld-Lauterbach durchkommen werde. Damit ist also Frau Pitz in jedem Fall gesichert. Es hängt nun davon ab, wie wir überhaupt abschneiden, ob wir nicht dann auch noch Frau Wiesemann, die an 12. Stelle steht, in den Landtag bringen können. Alles hängt davon ab, ob wir eben alle uns anstrengen, um der CDU die ihr gebührende Stellung im Landtag zu gewährleisten. In jedem Fall wird aber Frau Pitz wieder einziehen.« ACDP I-021-018/1.

dem Herumreisen von einer Dorfwirtschaft zur anderen in den ersten Wahlkämpfen nach dem Krieg immer die gleiche Erfahrung: ein Wirtshaussaal mit rauchenden Männern, von denen man nur reservierte Antworten bekam auf die Frage, warum sie eigentlich ihre Frauen nicht mitgebracht hätten, diese seien doch auch wahlberechtigt. Und wenn man als frischer Neuling in der Politik etwas von den Grundgedanken einer freien Marktwirtschaft oder einer Westorientierung der Bundesrepublik vortrug, erntete man freundliches Schweigen.«³⁹

Eine wichtige Funktion für die politische Karriere von Frauen hatten auch damals schon die Frauenausschüsse und Frauenarbeitsgemeinschaften, die sich parallel zur Parteiorganisation der Union bildeten. Bereits im September 1946 forderte der Frauenausschuß der CDP Rheinland-Hessen-Nassau den Parteivorstand auf, für eine angemessene Vertretung der Frauen auf allen Ebenen Sorge zu tragen: »Der Frauenausschuß der CDP Rheinland-Hessen-Nassau bittet den Parteivorstand bei den Kreis- und Ortsvorständen dahin wirken zu wollen, daß in allen Parteiinstanzen (Vorstand, Ausschüssen etc.) Frauen in genügender Zahl vertreten sind. Der Aufbau in unserer wirtschaftlichen und sozialen Not verlangt den Miteinsatz der Frau in vollem Umfange.⁴⁰ Es ist unbedingt notwendig, daß in die Stadtparlamente und Gemeinderäte, in die Kreistage und Kreisausschüsse sowie in die zu wählenden Parlamente Frauen an sicherer Stelle gewählt werden. Es ist notwendig, nicht nur propagandistisch nach außen hin zu zeigen, wie die Partei die Frau in ihrer Mitarbeit einschätzt, sondern vor allem auch deshalb, um die Gesamtarbeit der Partei von den fraulich-mütterlichen Kräften her zu beeinflussen. Die am 24. September 1946 abgehaltene Tagung des Frauenausschusses von Rheinland-Hessen-Nassau hat gezeigt, daß die für die Arbeit geeigneten Frauen in ausreichender Zahl vertreten sind und hat einstimmig beschlossen, bevorstehende Entschließungen dem Parteivorstand zuzuleiten mit der Bitte, die Kreis- und Ortsvorstände zu veranlassen, dementsprechend zu verfahren.«⁴¹ »Wenn die Frauen nicht gewonnen werden,« so Elisabeth Pitz-Savelsberg im August 1947 an Werner Hilpert, »werden dies andere tun.«⁴²

1948 konnte die Ärztin und Journalistin Gabriele Strecker für die Mitarbeit in der CDU gewonnen werden. Gabriele Strecker hatte sich bereits kurz nach dem Krieg als Rundfunkjournalistin einen Namen gemacht und wurde

39 Elisabeth SCHWARZHAUPT, *Als Frau in der Politik*, in: Werner WOLF (Hrsg.), *CDU Hessen*, Köln 1986, S. 177.

40 Vgl. dazu Werbeschreiben der CDU Hofheim vom 13. November 1945, in dem die Vorsitzenden der Ortsverbände aufgefordert werden, Frauen zu Veranstaltungen mitzubringen. Abdruck in: *40 Jahre CDU Hofheim*, Hofheim 1985.

41 ACDP I-139-005/2.

42 ACDP I-021-006/1.

deshalb von den Amerikanern im Oktober 1946 als einzige deutsche Teilnehmerin zu einem internationalen Frauenkongreß in die USA eingeladen. 1948 übernahm sie die Leitung des hessischen Frauenfunks, der über lange Jahre das wichtigste frauenpolitische Forum in Hessen war. Wie schwierig die Arbeit der Frauen in der Partei in den Anfangsjahren war, schildert Gabriele Strecker in ihren Erinnerungen. »Ich wurde als Vorsitzende gewählt, als Stellvertreterin eine evangelische Frau. Frau Hedwig Matuschek⁴³, eine schlesische Heimatvertriebene, kümmerte sich um die nicht vorhandenen Finanzen. In meinem Büro schrieb ich selbst die Einladungen und erledigte die Korrespondenz. Die Frauenvereinigung fiel dem hessischen Landesverband auf lange Jahre hinaus nicht zur Last. Wir trugen alle Kosten freiwillig, erst in den beiden Wahljahren 1949 und 1950 gingen wir dazu über, die Frauen in kleinen Cafés zu Kuchen und Kaffee einzuladen – naturgemäß kamen dann immer besonders viele. Trotzdem war das finanzielle Problem eine Dauerbelastung. Hedwig Matuschek hatte gute Beziehungen zu zwei großen Wetzlarer Industriellen – von dort bekamen wir von Zeit zu Zeit eine Spende, ein paar hundert Mark jedesmal, und damit wirtschafteten wir sparsam. Es war immer eine Verlegenheit, die sogenannten »Bettelbriefe« zu schreiben und dann, im stets positiven Beantwortungsfall, die entsprechenden, wahrhaft »tief gefühlten« Danksagungen zu formulieren. Auch das gehörte zur Ochsentour. Mit der Wahl zur Vorsitzenden der CDU-Frauen-Vereinigung Hessen war ich gemäß dem hessischen Parteistatut ein sogenanntes »geborenes« Mitglied, das automatisch dem Landesvorstand angehörte. Mitglied des Landesvorstandes war ich bis zu meinem Abschied aus der hessischen Politik, 1962, ununterbrochen, was zeitlich eine weitere, große Belastung für mich darstellte, mir aber viele Einsichten in das politische Räderwerk vermittelte. Damit gehörte ich dem hessischen Partei-Establishment an. Das Größte der Ochsentour war überwunden.«⁴⁴ Die politische Karriere von Gabriele Strecker vollzog sich über die Frauenvereinigung (später Frauenunion), die ihr die nötige Hausmacht innerhalb des hessischen Landesvorstandes verschaffte.

Über die Frauenunion gelang es auch, Frauen aus überparteilichen und unpolitischen Frauenorganisationen an die CDU heranzuführen. Die Frauenunion durch die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau überflüssig zu machen, wie es Elisabeth Schwarzhaupt in den sech-

43 Hedwig Matuschek (1903-1992) trat 1945 in Magdeburg der CDU bei. Sie war von 1946 bis 1948 Stadtverordnete. 1948 erteilte ihr die sowjetische Besatzungsmacht Redeverbot, da sie sich öffentlich gegen eine Zusammenarbeit mit dem DFD aussprach. Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948 bis 1952*, Düsseldorf 1991, S. 47. Von 1953 bis 1961 gehörte sie dem Hauptvorstand der Exil-CDU an, 1958 bis 1966 dem Hessischen Landtag, 1962 bis 1971 war sie Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Hessen.

44 STRECKER (wie Anm. 30), S. 93.

ziger Jahren vorschwebte,⁴⁵ ist ein Wunsch für die Zukunft, da es trotz steigender weiblicher Mitgliederzahlen noch immer nicht gelungen ist, Frauen angemessen in Ämter und Mandate zu bringen. Gründe dafür sind zum einen die Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen durch Familie, Beruf und Politik, zum anderen die über Jahre hinweg geringe personelle und finanzielle Ausstattung der Frauenausschüsse. Erst Mitte der 80er Jahre setzte hier ein Wandel ein, der der von Elisabeth Pitz-Savelsberg bereits 1950 auf der Konferenz der Landesfrauenausschüsse geforderten Wahl einer Frau in den Bundesvorstand sowie der angemessenen Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten entsprechend ihrer Mitgliederstärke Rechnung trug.

45 Vgl. ACDP I-048-013/4.